

Es informiert Sie	Holger Müller
Telefon (0202)	563 7425
Fax (0202)	563 8022
E-Mail	holger.mueller@stadt.wuppertal.de
Datum	20.05.2005

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg (SI/3717/05) am 13.04.2005

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Ingeborg Alker ,

von der CDU-Fraktion

Frau Ilona Beltermann , Herr Günter Groß , Herr Helmut Hannert , Frau Claudia Schmidt , Herr Gerd Weisbeck ,

von der SPD-Fraktion

Herr Hans-Peter Abé , Frau Ursula Abé , Herr Dieter Scherff , Frau Liane Schmidt ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Regina Orth ,

von der FDP

Herr Walter Thomann ,

von der WfW

Herr Gerhard P. Hirsch ,

von der UWG

Herr Volker Lohmann ,

Mitglied mit beratender Stimme

Herr Paul Yves Ramette , Herr Oliver Siegfried Wagner ,

als Sprecher des Bezirksjugendrates für den Stadtbezirk Cronenberg

Herr David Schellhoff , Herr Jens Quast ,

von der Verwaltung

Frau Beig. Marlis Drevermann , Frau Sabine Fahrenkrog , Frau Angelika Goos (jeweils bis 19.25 h, TOP 6) , Frau Annette Offermanns-Wefers , Frau Helga Schmitt (bis 20.25 h, TOP 3) , Herr Thorsten Warning (bis 20.05 h, TOP 2) , Herr Peter Wohlgemuth (bis 20.30 h, TOP 4) ,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Michael Drecker ,

als Gast

Herr PHK Hakenbeck ,

von der Presse

Herr Meinhard Koke (Cronenberger Woche) , Herr Wolfgang Schiffer (Cronenberger Anzeiger) , Herr Hartmut Schmahl (Westdeutsche Zeitung) , Herr Eduard Urssu (Wuppertaler Rundschau) ,

Schriftführer

Herr Holger Müller ,

Nicht anwesend sind:

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Peter Vorsteher ,

Mitglied mit beratender Stimme

Herr Dr. Frank Pongé , Herr Andreas Weigel ,

Oberbürgermeister

Herr Peter Jung ,

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:55 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Frau Alker begrüßt die Teilnehmer und eröffnet die Sitzung.

Sie bittet sodann um Einverständnis, dass die TOP 5 + 6 wegen eines Folgetermins von Frau Beig. Drevermann vorgezogen und unmittelbar nach TOP 1 beraten werden.

1 Bezirksjugendrat für den Stadtbezirk Cronenberg

Die Mitglieder des Bezirksjugendrates nennen die geplanten Aktivitäten in nächster Zeit (Aufstellung der Skulptur Vonkeln, Feier im Jugendhaus Händlerstrasse, Workshop Röttgen, Demo gegen Rechts).

Frau Abé ergänzt, am 27.04. sollten die künftigen Aktivitäten gemeinsam geplant werden.

Herr Weisbeck bittet, den Platz Vonkeln vorab aufzuräumen.

Herr Stv. Ramette teilt mit, die Renovierung des Dachstuhls im Jugendhaus Händlerstraße habe begonnen.

2 Sperrung der Kohlfurther Brücke

Herr Warning gibt Erläuterungen zur Verkehrssicherungspflicht der Stadt Wuppertal und zu den bisher erfolgten kleineren Instandsetzungsarbeiten an der Brücke. Eigentümer sei das Land NRW, das für größere Instandsetzungsmaßnahmen bzw. für eine Sanierung zuständig sei. Der Landesbetrieb Straßen NRW habe einen Gutachter beauftragt. Ein erster Ortstermin habe stattgefunden; nach der Bestandsaufnahme könne mit einem ersten Ergebnis Mitte Mai gerechnet werden. Die Stadt sei unterstützend tätig. Es gebe die Idee, ggf. den Gehwegbelag zu entfernen, um die Gewichtsbelastung für die Brücke zu verringern. Um zu einer langfristigen Entscheidung zu kommen, müsste das Planverfahren wieder aufgenommen werden.

Herr Weisbeck macht deutlich, die Bevölkerung habe kein Verständnis für die Nacht- und Nebelaktion des Landesbetriebes zur Sperrung der Brücke. Er fragt, warum nicht wenigstens eine Notbrücke errichtet werde. Man sollte dazu kurzfristig mit THW, Bundeswehr, ... Kontakt aufnehmen.

Herr Quast bittet seitens des Bezirksjugendrates ebenfalls um eine schnelle Lösung, insbesondere wegen der Schulkinder.

Herr Scherff äußert seinen Unmut über die Nacht- und Nebelaktion zur Sperrung der Brücke und möchte wissen, aufgrund welchen Gutachtens dies erfolgt sei. Seiner Kenntnis nach seien sowohl die Straßenbahnschienen als auch das Kopfsteinpflaster überteert und damit das auf der Brücke lastende Gewicht erhöht worden. Durch die Sperrung würden gewachsenen Strukturen zerschlagen. Außerdem stehe das Pfingstfest bei den Bergischen Museumsbahnen (BMB) kurz bevor. Er fordere die Verantwortlichen auf, umgehend eine Lösung zu finden.

Herr Warning verweist auf die Haushaltssituation der Stadt und darauf, dass der Landesbetrieb Straßen NRW Herr des Verfahrens sei, der auch die Brücke habe prüfen lassen. Die vorher seitens der Stadt durchgeführte Prüfung habe keine

Notwendigkeit zur Schließung ergeben. Ziel sei die schnellstmögliche Wiederöffnung. Die Anregung betr. THW usw. werde er weitergeben.

Herr Stv. Ramette berichtet über die Akteneinsicht. Die seit 1992 unter Denkmalschutz stehende Brücke sei sehr heruntergekommen. Es sei fraglich, ob dieses öffentliche Denkmal überhaupt wirtschaftlich saniert werden könne, wobei dies natürlich nicht mit einer Betonbrücke zu vergleichen sei. Er fragt nach der Weiterführung des Planverfahrens zur Anschlussstelle Kohlfurth.

Herr Weisbeck erhebt seine Anregung betr. den kurzfristigen Bau einer Behelfsbrücke durch THW oder Bundeswehr (ggf. als Übung) zum Antrag. Bis Mitte Mai könne nicht gewartet werden.

Herr Schumann (BMB) teilt mit, mit dem THW sei schon gesprochen worden. Es benötige eine Vorlauffrist von 2 Wochen. Das THW-Material gehöre dem Land NRW. Es würden nur Helferstunden berechnet. Diese Information habe er letzte Woche an das Büro des Oberbürgermeisters gegeben. Der Ortsmittelpunkt in der Kohlfurth dürfe nicht einfach ausradiert werden.

Frau Alker bittet, nicht auf die Fertigstellung des Gutachtens zu warten, sondern das von den BMB zitierte Angebot des THW kurzfristig weiterzugeben. Die Schulkinder müssten derzeit einen 2 km langen Umweg benutzen, und zwar tlw. über eine total ungesicherte Straße.

Sie lässt sodann darüber abstimmen, ob – wie von einigen Bürgern begehrt – eine Sitzungsunterbrechung erfolgen soll, damit Bürger zu Wort kommen können.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2005

Der Sitzungsunterbrechung zur Anhörung von Bürgern wird zugestimmt.

Einstimmigkeit.

- - -

Die Unterbrechung dauert von 19.50 – 20.00 h.

In der Anhörung wird - insbesondere von Solinger Bürgern – gefragt, inwieweit die Stadt Wuppertal Einfluss auf den Landesbetrieb Straßen NRW nehmen könne. Im übrigen seien lt. Zeitungsmeldung 1994 im Haushalt der Stadt Wuppertal 650.000 DM für die Sanierung der Kohlfurth Brücke eingestellt gewesen.

Zum Ersten bemerkt Frau Alker, dass der verantwortliche Mitarbeiter des Landesbetriebes persönlich in Haftung genommen werden könnte, wenn aus seinem Versäumnis jemand zu Schaden kommen würde.

Herr Warning teilt mit, die 650.000 DM seien der gescheiterte Versuch der Stadt Wuppertal gewesen, die Brücke dauerhaft instandsetzen zu lassen, denn die beantragten Zuschüsse des Landes seien damals nicht gewährt worden.

In der weiteren kurzen Diskussion machen Bürger ihrem Unmut über das Verhalten des Landesbetriebes Straßenb NRW in dieser Angelegenheit Luft. Die Entscheidung sei völlig am Bürger vorbei getroffen worden. Es sei nicht zu verstehen, dass das Geld nicht für eine kleine Sanierung reiche. Die Unterhaltung für kleinere Schäden obliege doch der Stadt Wuppertal.

Frau Alker betont, die Bezirksvertretung sei von der Sperrung ebenso überrascht

worden wie die Bürger. Das Gremium habe noch keine Grundlage, auf der es eine Entscheidung treffen könnte.

- - -

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2005:

Die Verwaltung wird gebeten, umgehend Kontakt zu THW, Bundeswehr, ... aufzunehmen, mit dem Ziel, umgehend eine Notbrücke zu errichten.

Einstimmigkeit.

**3 Bauleitplanverfahren Nr. 496 - Kuchhauser Straße -
(Flächennutzungsplanänderung und 2. Änderung des Bebauungsplanes)
Erweiterung des Geltungsbereiches
Vorlage: VO/0096/05**

Herr Scherff macht deutlich, die SPD-Fraktion werde den Bebauungsplan in der vorliegenden Form auf keinen Fall beraten.

Herr Weisbeck kündigt an, er werde die CDU-Stadtverordneten bitten, die Beschlüsse anzuhalten und auf Änderung zu dringen. Die Bebauung sei zu gewaltig bzw. eng.

Herr Stv. Ramette wird der Drucksache ebenfalls nicht zustimmen. Eine Aneinanderreihung von Stadthäusern in großer Länge sei nicht das, was sich die Grünen unter einer angemessenen Bebauung vorstellen. Eine Bebauung der Fläche könne durchaus unterstützt werden, aber nicht in diesem Ausmaß.

Herr Lohmann betont, die Drucksache entspreche nicht den Vorstellungen der Bezirksvertretung. Die zu massive Bebauung müsse durch eine aufgelockerte Bebauung ersetzt werden.

Frau Alker fragt, wieso der Bezirksvertretung - entgegen ihren Wünschen – nun doch eine so massive Bebauung vorgeschlagen werde.

Frau Schmitt führt aus, in der ersten Anhörung der Bezirksvertretung zum Aufstellungsbeschluss am 17.12.2003 sei ein Konzept mit zweigeschossigen Häusern sowie einem dreigeschossigen Mehrfamilienhaus im Hintergelände vorgestellt worden. Die damaligen Anregungen der Bezirksvertretung und des Ausschusses Verbindliche Bauleitplanung seien in die Neufassung des Aufstellungsbeschlusses insofern eingeflossen, als das Mehrfamilienhaus durch ein Doppelhaus und ein Einfamilienhaus ersetzt worden sei. Danach sei das Bauleitplanverfahren zunächst vorübergehend gestoppt worden, da auch der Grundeigentümer Bedenken gegen die Vorlage geäußert habe. Anschließend habe der Rat der Stadt den Aufstellungsbeschluss entsprechend gefasst, und damit sei die Verwaltung in die Bürgeranhörung gegangen. In dieser Veranstaltung sei seitens der Bezirksvertretung gesagt worden, der Vorschlag entspreche annähernd ihren Vorstellungen. Sodann habe die Verwaltung den Entwurf aktualisiert bzw. für den Offenlegungsbeschluss konkretisiert. Exakt der gleiche Entwurf sei in die jetzige Vorlage eingegangen (betr. das Grundstück der Tennishalle) und nun lediglich um eine sinnvolle Arrondierung auf dem Nachbargrundstück erweitert. Der Bebauungsvorschlag sei nicht anders als vom Rat beschlossen, mit Ausnahme eines Gebäudes, das ggf. auch entfallen könnte. Der anwesende Architekt könnte das Konzept erläutern. Stellplätze seien sogar mehr vorgesehen als gesetzlich vorgeschrieben (2 pro WE und zusätzlich für Besucher).

Wenn schon ein Haus entfallen könnte, möchte Frau Alker wissen, warum dann diese Massivität vorgeschlagen werde. Die Häuser reihten sich wie Kasernen aneinander – ohne Luft/Lücke/Licht. Es gebe nur eine schmale Zufahrt.

Frau Schmitt äußert Verständnis für diesen Einwand. Vor ca. 2 Jahren sei in der Verwaltung ein anderer Entwurf mit aufgelockerter Einzel- und Doppelhausbebauung (17 WE) vorgestellt worden. Seitens der Ressortleitung sei dazu gesagt worden, wegen der Umgebung mit wesentlich größeren dreigeschossigen Häusern bzw. der stadtnahen Situation eigne sich das in Rede stehende Gelände nicht zum Bau kleiner Reihen- oder Einfamilienhäuser. Aus städtebaulichen Gründen habe man dem Architekten die Planung von Stadthäusern nahegelegt. Dieser etwas größere Haustyp sei gedacht für Familien mit mind. 3 Kindern, die Zahl der WE auf dem Gelände insgesamt geringer.

Frau Alker betont, in Cronenberg lebe man im Dorf und nicht in der Stadt. Die Bebauung sei einfach zu massiv.

Herr Ramette hält die Bebauung ebenfalls für zu massiv; sie sei ja noch massiver als Reihenhäuser.

Herr Weisbeck fragt, wo die rd. 30 Kinder denn angesichts der massiven Bebauung spielen sollten. Die CDU-Fraktion wünsche eine andere Bebauung mit mehr Lücken. Hier lebe man nicht in der City.

Ein Spielplatz ist lt. Frau Schmitt in der Paulussenstraße vorgesehen. Außerdem beständen Spielmöglichkeiten in den Hausgärten bzw. auf der Spielstraße (Privatstraße mit Bäumen und kleinem Platz nur für die Anlieger). In derartigen Straßen würden üblicherweise keine Spielplätze angelegt.

Frau Alker wendet ein, angesichts der dichten Bebauung könnten die Häuser nur entweder Stellplätze oder Hausgärten haben und nicht beides gleichzeitig. Im übrigen gebe es in den zitierten benachbarten größeren Gebäuden erhebliche Leerstände.

Frau Orth fügt hinzu, die Fläche zum Spielen wäre dann höchstens 4,5 x 7,5 m groß.

Für Herrn Scherff ist in dem heute vorgestellten Baukonzept überhaupt kein städtebaulicher Vorteil erkennbar. Er fragt außerdem nach der im Baukonzept ausgewiesenen Fußwegeverbindung zur Paulussenstraße.

Herr Groß merkt an, eine Spielstraße in dieser Form könne es nicht geben. Sie müsste separat ausgewiesen werden. Im übrigen beantragt er Schluss der Debatte und Ablehnung des Baukonzeptes.

Herr Stv. Ramette weist erneut darauf hin, dass die GGS Kampstraße auslaufend aufgelöst werden soll und insofern die Formulierung in der Drucksache über die Infrastruktur falsch sei.

Zu dem angesprochenen Fußweg teilt Frau Schmitt mit, dass dieser realisiert werden solle, sobald entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2005

Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird zugestimmt.

Einstimmigkeit.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2005:

Die Bezirksvertretung nimmt die Drucksache VO/0096/05 nicht zur Kenntnis, weil ihre Bedenken nicht entsprechend in die vorliegende Planung eingeflossen sind.

Einstimmigkeit.

Auf Nachfrage von Frau Schmidt, in welcher Form denn ein neuer Entwurf gewünscht sei, fasst Frau Alker zusammen, eine massive Aneinanderreihung von Wohngebäuden werde abgelehnt. Die gesamte Bebauung sollte ein wenig auseinandergezogen und die Häuser evtl. anders ausgerichtet werden. Mindestens 2 Wohneinheiten müssten entfallen.

Frau Schmitt erklärt, eine Drehung der Gebäude könne die Verwaltung nicht befürworten, weil diese dann nach Osten ausgerichtet und die Lichtverhältnisse nicht optimal wären.

4 Bauleitplanverfahren Nr. 884 - Küllenhahner Straße - (Bebauungsplan)

- Behandlung der Anregungen
 - Teilung des Geltungsbereiches
 - erneute Offenlegung des Teilbereiches 884/2
- Vorlage: VO/0370/05**

Die Herren Weisbeck und Scherff unterstreichen noch einmal, dass die gewerblichen Betriebe nicht behindert werden dürfen.

Herr Wohlgemuth bestätigt, dass der Bebauungsplan das Wohnen ausdrücklich ausschließt; es seien keine Ausnahmen vorgesehen.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2005:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich des Bauleitplanverfahrens Nr. 884 - Küllenhahner Straße - wird in die Verfahrensbereiche Nr. 884/1 - westlich Nöllenhammerweg -, 884/2 - Nöllenhammerweg/ Harzstraße - und 884/3 - östlich Harzstraße - geteilt, wie in der Anlage 5 dargestellt.
2. Die anlässlich der Offenlegung des Bauleitplanverfahrens Nr. 884 vorgebrachten Anregungen, welche den Verfahrensbereich Nr. 884/2 - Nöllenhammerweg/ Harzstraße - betreffen, werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung behandelt.
3. Die erneute Offenlegung des Teilbereiches Nr. 884/2 - Nöllenhammerweg/ Harzstraße - wird beschlossen.

Einstimmigkeit.

5 Schulbezirksänderungen im Rahmen der Grundschulentwicklungsplanung
Vorlage: VO/0388/05

Frau Beig. Drevermann teilt mit, der Schulausschuss habe in seiner Sitzung am 12.04.2005 dem Vorgehen bzw. der Umbauplanung betr. die GGS Kampstraße /

Am Hofe – so wie in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg beraten – zugestimmt. Das Einverständnis der Kämmerei habe vorgelegen. Die gestellten Anträge seien zurückgewiesen worden.

Herr Scherff vermisst in der heutigen Vorlage den Hinweis auf Überlappungsbereiche zwischen den Schulbezirken.

Frau Alker verdeutlicht, es gehe darum, Schulfreundschaften nicht auseinander zu reißen.

Herr Weisbeck signalisiert Zustimmung der CDU-Fraktion gem. Verwaltungsdrucksache, da die Schulkonferenzen einverstanden sind.

Frau Bell teilt mit, in Cronenberg seien keine überlappenden Schulbezirke vorgesehen. In den von Frau Alker genannten Einzelfällen könnten entsprechende Anträge gestellt werden.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2005:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die 8. Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen (Gemeinschaftsschulen) der Stadt Wuppertal gemäß Anlage 01.
Der Rat beschließt die Festlegung der Gemeinschaftsgrundschule Birkenhöhe auf eine Zweizügigkeit.

Einstimmigkeit.

6 Erweiterung der GGS Küllenhahner Straße Vorlage: VO/0422/05

Frau Goos teilt mit, Herr Hoffmann vom GMW sei heute verhindert, so dass sie den Part der Erläuterung des Bauvorhabens übernommen habe. Das erweiterte Raumkonzept sei mit der Schulleitung abgestimmt. Das Gebäude werde nicht – wie ursprünglich angedacht – auf Stelzen errichtet, sondern ebenerdig, und zwar an der hinteren Grundstücksgrenze neben der Turnhalle, tlw. in die Böschung hineingeschoben, so dass ausreichend Schulhoffläche bestehen bleibe. Ein Anbau an des vorhandene Schulgebäude sei aus feuerwehrtechnischen Gründen nicht möglich.

Frau Alker fragt nach Anlageplänen zur Drucksache, die leider nicht beigefügt seien, was aber für die Beratung hilfreich wäre. Die Mitglieder könnten sich dann vorab damit befassen, und das erspare Beratungszeit in der Sitzung.

Herr Thomann unterstreicht diesen Wunsch, den die Bezirksvertretung schon einmal geäußert habe. Außerdem vermisst er in den Unterlagen Stellungnahmen von Schule bzw. Schulkonferenz.

Frau Goos reicht einen Ausführungsplan herum. Der Raumbedarf entspreche den Wünschen der Schule; alle Zusätze seien besprochen und eingearbeitet. Künftig könnten Pläne ggf. in session eingestellt werden. Ein Votum der Schulkonferenz sei in diesem Stadium nicht erforderlich.

Frau Beig. Drevermann sagt zu, sie werde das GMW bitten, künftig Pläne zu den Vorlagen zu liefern. Erst dann werde sie Drucksachen an die Bezirksvertretung

unterschreiben. Im übrigen könne die Bezirksvertretung davon ausgehen, dass alle von ihr unterzeichneten Drucksachen mit den betr. Schulen abgestimmt seien.

Herr Stv. Ramette erwartet von der Verwaltung präzise Informationen. Der Schulhof sei jetzt schon sehr klein. Auch enthalte die Drucksache keine Angaben über den barrierefreien Zugang zu dem Erweiterungsbau. Ihm reichten die heute vorliegenden Angaben nicht aus.

Herr Weisbeck merkt nachträglich an, s. E. fehlten in dem ausgelegten Plan getrennte WC-Räume für Damen und Herren.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2005:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Die Erweiterung der GGS Küllenhahner Straße um einen Klassenraum, eine Verteilerküche und einen Essraum, die erforderlichen Toilettenanlage, sowie ergänzende Maßnahmen im Altbau der Schule - mit Baukosten von insgesamt 426.000 € - wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, künftig derartigen Vorlagen Pläne und ggf. Stellungnahmen der Schulen beizufügen.

Einstimmigkeit (bei 1 Enthaltung).

7 Gehwegparken in Höhe Friedhof Hauptstraße
Vorlage: VO/0380/05

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 13.04.2005:

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Einstimmigkeit

8 Berichte und Mitteilungen

Keine Punkte vorhanden

- - -

Ingeborg Alker
Bezirksvorsteherin

Holger Müller
Schriftführer